



12. Juli 2012

## **Fortsetzung Audit der Walliser Strafanstalten Wichtige Entscheide**

**(IVS).- Der Staatsrat hat auf Vorschlag der Vorsteherin des Departements für Sicherheit, Sozialwesen und Integration (DSSI) Esther Waeber-Kalbermatten beschlossen, dem Grossen Rat im November 2012 einen Entwurf für ein Dekret vorzulegen, das die Umwandlung der Walliser Strafanstalten in eine Dienststelle vorsieht, in der alle Aufgaben im Zusammenhang mit dem Freiheitsentzug vereint werden. Sollte der Grosse Rat das Dekret annehmen, wird die Neuorganisation umgesetzt.**

**Das DSSI hat in der Zwischenzeit die Walliser Strafanstalten mit der zeitlich befristeten Anstellung von zwei Fachpersonen für Justizvollzug provisorisch verstärkt.**

**Die Leistungsvereinbarung im Bereich der Gefängnismedizin wird um ein Jahr verlängert, bis eine neue Vereinbarung in Kraft tritt. Das DSSI präsentiert dem Staatsrat bis im Herbst Vorschläge zu den Gefängnisinfrastrukturen, der Standortorganisation und den Haftregimes.**

Im September 2011 hat das Beratungsbüro CLAVEM dem Staatsrat den Bericht des Audits über die Walliser Strafanstalten überreicht. Der Bericht hat namentlich bei den zur Verfügung stehenden Mitteln, der Standortorganisation und den Haftregimes erhebliche Probleme aufgezeigt. Weiter enthält der Bericht Vorschläge für eine optimale Organisation im Bereich des Freiheitsentzugs, sowohl auf Ebene der Sicherheit, Infrastruktur, Human Resources sowie der Leitung. Um die vorgeschlagenen Empfehlungen vertieft zu analysieren, wurde ein Steuerungsausschuss mit verschiedenen Arbeitsgruppen eingesetzt.

Der Staatsrat sieht auf Vorschlag des DSSI in einem ersten Entscheid vor, dem Grossen Rat im November ein Dekret vorzulegen, das die Umwandlung der Walliser Strafanstalten in eine Dienststelle vorsieht, in der alle Aufgaben im Zusammenhang mit dem Freiheitsentzug vereint werden sollen. Die Dienststelle soll die heutige Organisation ersetzen, in der die jeweils unterschiedlichen Kompetenzen zwei verschiedenen Dienststellen zugeteilt sind. Die Zusammenführung hat den Vorteil, dass die Insassen von Haftbeginn sowie auch nach der Entlassung aus dem Gefängnis durch dieselben Betreuer/innen kohärent begleitet werden. Eine Annahme des Dekrets würde eine tiefgreifende Anpassung der Organisation verlangen.

Dazu müssten zwei Verordnungen ausgearbeitet werden: eine über die Rechte und Pflichten der Insassen und eine zweite über die Rechte und Pflichten des Gefängnispersonals.



### **Provisorische Verstärkung des Gefängnispersonals**

Als zeitlich begrenzte Sofortmassnahme verstärkt das DSSI den Personalbestand der Strafanstalten im Gefängnis Sitten und Martinach mit der Anstellung von zwei Fachpersonen für Justizvollzug (Gefängnisaufseher). Damit wird das bestehende Personal besonders bei der Nacht- und Wochenendwache entlastet. Trotz dieser zeitlich begrenzten Massnahme bleibt die Situation unbefriedigend. Der aktuelle Personalbestand muss gemäss den Audit-Empfehlungen verstärkt werden.

### **Leistungsvereinbarung Gefängnismedizin wird um ein Jahr verlängert**

Das Gesundheitsdepartement (DFIG) und das Sicherheitsdepartement (DSSI) erarbeiten für den Bereich der Gefängnismedizin gemeinsam mit den betroffenen Partnern ein Konzept für die medizinische Betreuung der Gefangenen aus<sup>r</sup> mit dem Ziel des Inkrafttretens am 1. Juli 2013. In der Zwischenzeit wird die Leistungsvereinbarung zwischen dem DFIG, dem DSSI und dem Spital Wallis (GNW) um ein Jahr verlängert.

### **Anstellung eines Juristen/Kriminologen bzw. einer Juristin/Kriminologin**

Der Staatsrat hat die unverzügliche Anstellung eines Juristen/Kriminologen bzw. einer Juristin/Kriminologin für den Bereich der Strafvollstreckung im geschlossenen Vollzug genehmigt. Mit dieser Entscheidung kann eine erhebliche Lücke geschlossen werden.

### **Infrastruktur**

Für die Bereiche Gefängnisinfrastruktur und Organisation der Haftregimes an den verschiedenen Standorten wird das DSSI dem Staatsrat bis im Herbst Vorschläge unterbreiten.

### ***Notiz an die Redaktionen:***

***Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an Staatsrätin Esther Waeber-Kalbermatten - 079 248 07 80***